

## Die NOST in Kürze

MAG. HANS ADAM (adam@borg1.at)



Die Neue Oberstufe (NOST) wurde 2012 nach Verhandlungen mit der Gewerkschaft im Parlament beschlossen. Dabei wurden von der Gewerkschaft viele der ursprünglichen nicht im schuli-

schen Umfeld umsetzbaren Ideen des Ministeriums entschärft. Spätestens im kommenden Jahr müssen alle Gymnasien in das neue System einsteigen. Es wurden neue Lehrpläne zur Verfügung gestellt. Dazu gleich die Anmerkung, dass Lehrpläne Verordnungscharakter haben, an denen nichts verändert werden darf. Ausgenommen davon ist die Verteilung des Lehrstoffes bei geänderter Stundenverteilung über die Oberstufe. D. h. auch, dass die schulautonomen Lehrpläne ab der 6. Klasse in

den Semesterraster gebracht werden müssen. Einen Eckpunkt ab der 6. Klasse bildet die Semestrierung des Lehrstoffes. Der Unterricht muss entsprechend den neuen Lehrplänen aufsteigend erfolgen.

Die Noten im Semesterzeugnis haben nun ab der 6. Klasse den selben Stellenwert wie vorher im Jahreszeugnis. Negative Beurteilungen müssen ausbessert werden, es gibt am Ende des Schuljahres die Möglichkeit des Aufstiegens mit zwei (einmal sogar mit drei) Nicht Genügend. Für das Ausbessern hat der Schüler drei Möglichkeiten, wobei er sich bei der letzten Wiederholung der Semesterprüfung einen anderen Prüfer wünschen darf. Bei negativen Noten bzw. einer Frühwarnung muss dem Schüler eine Individuelle Lernbetreuung (ILB) von der Direktion angeboten werden. Für diese ILB-LehrerInnen ist gesetzlich keine Ausbildung vorgesehen,

aber je nach persönlichem Wissensstand zur Thematik empfehlenswert.

Die Beurteilung erfolgt wie bisher unverändert nach der Leistungsbeurteilungsverordnung (LBVO). Zusätzlich müssen im Falle eines Nicht Genügend die negativ beurteilten Teile des Lehrplans bei der Eingabe der Note für ein Beiblatt angegeben werden. Bei den daraus resultierenden Semesterprüfungen dürfen nur mehr die negativen Bereiche geprüft werden. Hier wird sicher die Gliederung der Lehrbücher, die in Abstimmung zum Lehrplan geschrieben wurden, eine Unterstützung geben. Im Falle eines Notenwiderspruchs müssen die negativ beurteilten Gebiete mit einer entsprechenden Leistungsfeststellung belegt werden.

Weitere Informationen zur NOST:

<https://www.bmb.gv.at/schulen/unterricht/ba/nost/index.html>

## Themenbereich Gymnasium

### Engagement der Lehrer/innen und Versäumnisse der Behörde

MAG. MARIA SCHÖNEGGER (maria.schoenegger@aon.at)



Am bundesweiten „Tag des Gymnasiums“ am 10. November haben die steirischen Gymnasien öffentlichkeitswirksam einen bunten Reigen an Aktivitäten entfaltet. „Gerade als AHS bieten wir die

gesamte Bildungsbreite an und können so auf alle Berufssparten vorbereiten“, wird ein Direktor in einer Tageszeitung zitiert. Stolz ist er auf seine Schüler/innen und Lehrer/innen, die, unterstützt von örtlichen Unternehmen, sichtbar werden ließen, wieviel Naturwissenschaft in Alltäglichem steckt.

Eltern wissen um den Wert des breiten Spektrums der Bildungsinhalte und vertrauen ihre Kinder den Lehrer/innen an den Gymnasien anhaltend gerne an: Von den 49.746 Schüler/innen an mittleren und höheren Schulen besuchen 28.980 in diesem Schuljahr eine AHS, um 400 mehr als im Vorjahr! Sieben zusätz-

liche Klassen bedeuten eine höhere durchschnittliche Klassenschülerzahl von 24.

Über die Ausstattung mit Realstunden herrscht zwar allgemeine Zufriedenheit, auf den Prozess der Ressourcen-Zuteilung trifft das leider nicht zu. Einzelnen Standorten, deren Schulorganisationen sich gegenüber 2016/17 nicht verändert hatten, wurde das Kontingent in der 2. Julihälfte um bis zu 40 Realstunden gekürzt. Dass auch in der 3. Schulwoche im September noch immer nicht feststand, wie der Unterricht organisiert werden kann, ist für die planungsverantwortlichen Schulleiter/innen, Personalvertreter/innen und Administrator/innen eine Zumutung, die sich in der Form hoffentlich nicht wiederholt.

Lehrer/innen mit hoher Leistungsbereitschaft, einem hohen Maß an Organisations- und Innovationstalent in puncto Unterrichts- und Schulentwicklung, flexibel, teamfähig, kreativ, ... und stets bemüht über den konventionellen, schulischen Tellerrand zu bli-

cken. Solche Lehrer/innen wünscht sich unsere Gesellschaft und genau solche sucht derzeit die Diakonie de La Tour Steiermark GmbH für die neue Oberstufe, die im Herbst 2018 als Privatschule in der Gemeinde Seiersberg-Pirka bei Graz eröffnet werden soll. Das Aufgaben- und Anforderungsprofil hat mich zunächst einmal innehalten lassen. Wer kann denn guten Gewissens von sich sagen, das alles trifft auf mich zu? Aber: Der hervorragende Ruf der Gymnasien gründet sich auf solche Kolleg/innen. Wenn von Vorgesetzten professionell agiert wird und wenn Beziehungsarbeit am Standort gelingt, dann „brennen“ Lehrer/innen aller Altersgruppen für ihre Schüler/innen und für „ihre“ Schule. Diese Erfahrungen gehören zu den schönsten aus meinen Kontakten mit den Schulen. Mangelt es jedoch an ernstzunehmender Wertschätzung, wird schön geredet, was nicht schön ist, oder erzeugen unausgereifte Vorgaben in bedrohlicher Regelmäßigkeit

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Stress und Mehrarbeit, drohen oftmals gerade die besonders Engagierten und Einsatzbereiten zu „verbrennen“.

Die Neuregelung der Vorgaben für die Themenkörbe für die mündliche Reifeprüfung ab 2018 ist auf breite Zustimmung gestoßen. An Standorten mit direkter Konkurrenz zur BHS wurde sie mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Niemand muss, alle dürfen reduzieren, wenn die Fachkonferenz das OK gibt (siehe Seite 4). So weit so gut. Autonome Regelungen, die den Kolleg/innen mehr Möglichkeiten für die Gestaltung des Unterrichts eröffnen, sind zu begrüßen.

An der Vorgangsweise des BM:B darf und wird die Kritik der Interessenvertretung aber trotzdem nicht verstummen: Das Timing ist schlichtweg blamabel. Die Novelle wurde so spät in Angriff genommen, dass zu Schul-

beginn aus dem LSR zu vernehmen war, es werde erst der Haupttermin 2019 davon betroffen sein. Für Religion, den WPG Informatik und lebende Fremdsprachen im Ausmaß von sechs bis neun Wochenstunden ist bei Redaktionsschluss noch eine weitere für den Haupttermin 2018 umzusetzende Novelle zum selben Thema zu erwarten. Die Begutachtungsfrist läuft bis 22. November, die Themenkörbe müssen bis spätestens 30. November von den Fachkonferenzen beschlossen und veröffentlicht sein. Und was im Umgang mit Arbeitszeit von Lehrer/innen noch schlimmer wiegt: Das grobe Versäumnis des BM:B bei der Umsetzung der SKRP wiederholt sich bei der NOST. 35 der 48 Gymnasien warten dieses Schuljahr noch zu. Ausgereift ist das Konzept zur Implementierung aber auch dann noch nicht. Nachvollziehbar daher die Forderung, zunächst den Mehrwert

des Aufwands zu hinterfragen. Und gegebenenfalls zurück zu rudern.

Lange genug zugewartet haben in Deutschlandsberg, Feldbach und Murau jene Eltern, die ihre Kinder gerne in einer wohnortnahen Unterstufe wissen wollen. Warum gerade in diesen Regionen AHS-Langform und NMS nicht – wie in allen anderen Bezirken – nebeneinander bestehen können sollen, bleibt vielen ein Rätsel. Um die Interessen der betroffenen Kinder geht es den auf dem Status quo beharrenden Kräften nicht. Das Mobilisierungspotential gegen die Eröffnung von Unterstufenklassen an den bestehenden ORG schöpfen sie zur Gänze aus.

Für die Verfechter von Chancengerechtigkeit für alle Kinder bleibt zu hoffen, dass die neuen Regierungsverantwortlichen sich an ihre Aussagen vor der Nationalratswahl erinnern.

## Wenn Wahlprogramme Schule machen – Parteilpolitische Bildungsprogramme im Vergleich

MAG. CHRISTA POSPISCHIL (christa.pospischil@gmail.com)



Die Wahlen sind geschlagen, die meisten Plakatwände abgebaut, und doch finden sich vereinzelt noch Überreste von vereinsamen Spitzenkandidaten, die, den Un-

wehros ausgesetzt, das Dilemma des Scheiterns drastisch vor Augen führen. Beginnen wir bei den **Grünen**: Dass sie vom Kindergarten bis zur Universität in Bildung für alle investieren und ihr damit den höchsten Stellenwert einräumen wollen, ist noch kein programmatisches Alleinstellungsmerkmal. Mit der Forderung nach einer gemeinsamen Schule aller 10- bis 14-Jährigen ohne Nachhilfe und Hausübungen hingegen erklären sie die Unterstufe der AHS-Langform für obsolet und drängen bereits seit vielen Jahren massiv auf deren Abschaffung.

Die **Liste Pilz**, mittlerweile ihres Kopfes beraubt, hat in kurzer Vorlaufzeit ein überwiegend auf die Bewältigung der Flüchtlingskrise ausgerichtete Programm entwickelt und nähert sich dabei in Punkt 13 vage dem Thema Schule, wenn es darum geht, den Staat aufzufordern, in Bildung als Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration zu

investieren und die Unterrichtenden dabei nicht länger im Stich zu lassen.

Jedem einzelnen Kind die „Flügel heben“ und den „Lehrberuf zum besten Job der Republik“ machen wollen wiederum die **NEOS**. Schulen sollten dafür die volle personelle, finanzielle und pädagogische Autonomie erhalten und LehrerInnen sich ausschließlich auf den Unterricht konzentrieren. Über reichhaltigsten Support, kleinere Klassen und mehr Unterrichtsstunden könne man sich ungehindert den Potenzialen und Talenten zuwenden und damit auf die „Mittlere Reife“ am Ende der Schulpflicht vorbereiten. Die bestehende Zweiteilung in AHS und NMS müsse durch vielfältige neue Schultypen überwunden werden.

Im 9. Kapitel ihrer insgesamt 25 Themen zur „Beseitigung der Fairnesskrise“ nennt die **FPÖ** als wichtigste Investition in die Zukunft jene „in das Grundrecht Bildung“. Sie lehnt mit ihrer Forderung nach einem „breitgefächerten Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen“, die das gesamte Bildungssystem auch in Hinblick auf private Einrichtungen konkurrenzfähig machen, die Gesamtschule aller 10- bis 14-Jährigen strikt ab.

Im „Programm für Wohlstand, Sicherheit und gute Laune“, besser bekannt als „Plan A“,

der im Jänner 2017 von BK Kern medienwirksam präsentiert wurde, erklärt die **SPÖ** die aktuelle Bildungsreform zum unverzichtbaren Energizer für eine auf Management basierende und in Clustern gedachte Autonomisierung, die ungeahnte „Freiräume in Schulen“ bringt, Ressourcen nach dem Chancenindex berechnet und die Wege zwischen Standort und Ministerium kurz hält. Diskretes Schweigen legt sich freilich über den Umstand, dass diese Form von Selbstbestimmung kostenneutral zu erfolgen hat und damit als Sparpaket zu klassifizieren ist.

Die **ÖVP** stellt ihren Konzepten einen Paradigmenwechsel voran, und so soll die thesianische Schulpflicht durch die pragmatischere „Bildungspflicht“ ersetzt werden. Diese wiederum sei erst dann erfüllt, wenn Grundrechnungsarten beherrscht und Texte sinnerfassend gelesen werden können. Am Ende der 8. Schulstufe gebe ein standardisierter Test, der in einem Chancenpass Stärken, Schwächen und Talente abbildet, darüber Auskunft. Projektarbeiten, verbale Beurteilungen durch die Lehrpersonen sowie Ergebnisse aus Testungen zur Berufsorientierung würden den jungen Menschen darüber hinaus helfen, sich am Arbeitsmarkt besser und schneller zu orientieren.

# AHS Bruck – ein starker Partner für die Region

MAG. JULIA FRUHMANN

Das Gymnasium BG/BRG Bruck an der Mur hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen zu verbinden und Hand in Hand mit einem umfassenden Bildungsauftrag jungen Menschen Brücken in die Zukunft zu bauen. Dies geschieht in erster Linie im täglichen Unterricht in der Schule, bei dem LehrerInnen die Doppelrolle und damit den Spagat zwischen Fördern und Fordern von SchülerInnen absolvieren.

Ihre Aufgabe, und das gehört meiner Meinung nach zu den schönsten Seiten unseres Berufs, ist es, Begeisterung für unterschiedliche Bereiche zu vermitteln, in der Hoffnung, dass junge Menschen auf den Zug aufspringen und ihre Vorlieben, Talente und Interessen entdecken.

Das Gymnasium Bruck ist 110 Jahre alt und bietet ab der 3. Klasse einen gymnasialen Zweig mit Italienisch oder Französisch (und Latein in der Oberstufe) und einen realgymnasialen Zweig mit Biologie-Labor, Physik-Labor und Geometrisch Zeichnen plus zusätzlicher Sprache in der Oberstufe an. Um unsere SchülerInnen bestmöglich auf die Herausforderungen einer globalisierten Berufswelt vorzubereiten, gibt es seit diesem Schuljahr außerdem den optionalen Schwerpunkt Englisch als Arbeitssprache ab der 3. Klasse. In der Oberstufe wird Spanisch als Wahlpflichtfach angeboten.



Brücken in Richtung Zukunft werden von Anfang an gebaut: durch die Nachmittagsbetreuung oder durch das neu eingeführte Buddy-System, bei dem unsere Jüngsten von erfahrenen OberstufenschülerInnen begleitet werden, damit ihnen der Umstieg von der Volksschule ins Gymnasium leichter fällt. Brücken entstehen auch durch zahlreiche Exkursionen zu Firmen und zur Kinder-Uni, in Museen, durch Theaterbesuche und Sprachaufenthalte im Ausland.

Wenn man den Lebensraum Schule im Fokus hat, geht es jedoch auch um Gesundheit und den mentalen Zustand jedes Einzelnen. Neben einem von SchülerInnen angelegten Schulgarten, in dem Gemüse und Kräuter geerntet werden, gibt es eine „bewegte Klasse“ mit Sitzbällen, Ergometer, Boxsack und Klimmzugstange, und das freiwillige Morning-Workout, das zwei Mal pro Woche vor Unterrichtsbeginn für mehr körperliche und geistige Fitness von SchülerInnen und LehrerInnen sorgt. Die in der Oberstufe angebotenen Wahlpflichtfächer Sportkunde, Biofit und Mentaltraining ergänzen den ganzheitlichen Gesundheitsbereich.

Ausgezeichnete MaturantInnen, die in Kooperation mit dem Brucker Stadtmuseum ihre vorwissenschaftlichen Arbeiten einem interessierten Publikum präsentieren, tragen dazu bei, unsere Schule nach außen sichtbar zu machen. Durch die Teilnahme an zahlreichen Projekten wie „72 Stunden ohne Kompromiss“, „Gemeinsam Zukunft gestalten“, den „Stadtvisionen 2030“ oder dem Demokratie-Projekt ist unsere Schule ein wichtiger Partner für die Zukunftsgestaltung der Region geworden.

Das Ziel dabei: SchülerInnen zur Matura führen und ihnen die Möglichkeit bieten, sich zu Persönlichkeiten zu entwickeln und heute an Dingen mitzubauen, die sie sich morgen für ihre Region wünschen.

## Was man im Lehramtsstudium alles nicht lernt

MAG. MARKUS KERSCHBAUMER (markus.kerschbaumer@gym-kirchengasse.at)



Werden Lehramtsstudierende ausreichend auf ihren Beruf vorbereitet? Seit zehn Jahren stelle ich Studierenden im Rahmen meines Begleitseminars zum Unterrichtspraktikum („Kommunizieren, Präsentieren, Instruieren“) diese Frage. Die Ergebnisse sind sehr ernüchternd. Laut § 2, Abs. 5 des Universitätsgesetzes von 2002 wäre einer der „Leitende[n] Grundsätze“ der Universitäten die „Berücksichtigung der Erfordernisse der Berufszugänge, insbesondere für das Lehramt an Schulen [...]“. Die fachliche Ausbildung in den universitären Lehramtsstudien schätzen die Studieren-

den, bemängelt wird jedoch deren unmittelbare schulische Anwendbarkeit, weil sie sich nicht an den geltenden Lehrplänen orientiert. In der Pädagogik gibt es zwar bildungstheoretische Einführungsveranstaltungen, doch eine Auseinandersetzung mit praktisch einsetzbaren Modellen wird, wenn überhaupt, nur punktuell angeboten. Hinzu kommen noch die fachdidaktischen Kurse, welche immerhin nach Meinung der meisten Studierenden meist Brauchbares vermitteln.

Dem gegenüber steht eine skandalös lange Liste von wesentlichen Inhalten und Fertigkeiten, welche gar nicht oder erst während des Unterrichtspraktikums vermittelt werden. Dazu zählen einige im Schulalltag dringend benötigte Sozialkompetenzen (Konfliktmanagement, Mediation, Mob-

bingbekämpfung), Beratungskompetenzen (Lernberatung, VWA-Betreuung) und theoretische Kenntnisse (Lernpsychologie, Schulrecht, Leistungsbeurteilung, Dienstrecht). Besonders stark vermissen die Studierenden Hilfestellungen für das Handwerk des Unterrichtens – wie etwa zu Medien didaktik, Körpersprache und zum richtigen Umgang mit schwierigen Schüler/innen. Geradezu fahrlässig ist schließlich das weitgehende Fehlen von Angeboten zum Thema Stimme und Sprechtechnik, denn Stimmprobleme zählen zu den häufigsten Berufskrankheiten bei Lehrenden. Gemessen daran, was man alles im Lehramtsstudium nicht lernt, ist unseren jungen Kolleg/innen zu den Erfolgen, die sie mit ihrer Unterrichtsarbeit erzielen, besonders zu gratulieren!



# Rückwärtsgang?

MAG. HERBERT WEISS (herbert.weiss@oepeu.at)



Bildungsministerin Sonja Hammerschmid warnte laut Medienberichten in den letzten Tagen die Koalitionsverhandler von ÖVP und FPÖ davor, in Bildungsfragen „den Rückwärtsgang“

einzuzeigen. Als Betroffener frage ich mich, ob hier jemand etwas falsch verstanden hat. Ich frage mich, ob unsere „BildungsexpertenInnen“ oder unsere PolitikerInnen wirklich glauben, dass die Reformen, mit denen man die Schulen in den letzten Jahren überschwemmt hat, alle in die richtige Richtung gegangen seien.

Obwohl immer wieder behauptet wird, dass sich im österreichischen Schulwesen seit Maria Theresia nichts geändert habe, ist die Liste der „Innovationen“, die man uns in den letzten Jahren beschert hat, so lang, dass sie den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Exemplarisch erwähnt seien hier nur die „Neue Mittelschule“, die Kompetenzorientierung, die zentrale Reifeprüfung und die „Neue Oberstufe“.

Das Bildungsreformgesetz 2017 erweitert diese Liste unter anderem um die Abschaffung der Eröffnungs- und Teilungszahlen, die Installation von Bildungsdirektionen, die „Digitale Grundbildung“ ohne die dafür nötigen Ressourcen oder die allseits „be-

liebten“ Schulcluster. Selbst Menschen, die angesichts dieser Liste und trotz der Warnungen aller Betroffenen glauben, in die richtige Richtung unterwegs zu sein, sollten sich aus meiner Sicht wenigstens die Frage stellen, ob das gewählte Tempo überhaupt noch eine Orientierung zulässt.

Eine Bewegung in die richtige Richtung wäre es jedenfalls, nicht mehr auf die Evaluierung neuer Maßnahmen zu verzichten und nicht mehr aus internationalen Studien auszusteuern, die nicht die Ergebnisse liefern, die man sich wünscht. Das ist z. B. bei der TALIS-Studie passiert, damit der Öffentlichkeit nicht neuerlich vor Augen geführt wird, dass Österreich beim Supportpersonal weit abgeschlagen an letzter Stelle liegt. Vielleicht ist die Bildungspolitik aber nicht bereit zur Reflexion, weil sich die Verantwortlichen dann doch eingestehen müssten, vom richtigen Weg abgekommen zu sein. Denn angesichts dieser Erkenntnis wären dann doch der Retourgang oder zumindest ein deutliches Einlenken die richtigen Maßnahmen.

Von einer neuen Bundesregierung und speziell von einer neuen Bildungsministerin bzw. einem neuen Bildungsminister erwarte ich mir, dass man nicht gleich wieder blindlings aufs Gas steigt. Man sollte sich auch nicht auf den Rat schulfremder „Experten“ stützen, auch wenn sie – warum auch immer – in die Koalitionsverhandlungen eingebunden waren. Man sollte vielmehr auf den Rat der Betroffenen hören. Immerhin geht es ja nicht um irgendeine Nebensächlichlichkeit. Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und damit um die Zukunft unseres Landes.

Ohne den nötigen Treibstoff wird ein Vorkommen nicht möglich sein. Die künftige Regierung müsste also als erste Maßnahme die drastische Unterfinanzierung des Schulwesens beenden. Erst wenn man für dringend nötige sinnvolle Reformen die entsprechenden Mittel hat, kann man daraus etwas machen. Sonst landen wir wieder einmal bei der „Autonomie“, die bisher in Wahrheit nur ein Synonym für Mangelverwaltung war.

## Themenbereiche für die mündliche Reifeprüfung

MAG. HARALD PENNITZ (pennitz@borg1.at)



Durch die am 29. 9. 2017 verlautbarte Novelle der Prüfungsordnung AHS wurde die Anzahl der Themenbereiche für die Reifeprüfung neu geregelt. Diese Änderungen gelten bereits für den Haupttermin 2018.

§ 28 (1): Die Fachkonferenzen haben für jedes Prüfungsgebiet bis spätestens 30. 11. pro Wochenstunde 2 oder 3, höchstens jedoch insgesamt 18 Themenbereiche festzulegen.

Von dieser grundlegenden Bestimmung abweichend gilt folgende Anzahl:

- Für Instrumentalunterricht sowie Bildnerisches Gestalten und Werkerziehung gelten 6 Themenbereiche.
- Für lebende Fremdsprachen (vierjährig), Latein (vierjährig) sowie Griechisch gelten 14 Themenbereiche.

- Für lebende Fremdsprachen (dreijährig oder als Pflicht-, Wahlpflicht- oder Freigegegenstand im Ausmaß von 6–9 Wochenstunden) gelten 8 bis 12 Themenbereiche.
- Für Religion (je nach Lehrplan und Wochenstundenanzahl) gelten 8–18 Themenbereiche.
- Für den eigenständigen Wahlpflichtgegenstand Informatik entfällt die bisherige Sonderbestimmung von 12 Themenbereichen, es gilt die oben angeführte generelle Bestimmung von höchstens 18 (pro Wochenstunde 2 oder 3) Themenbereichen.

Das an manchen Schulen aufgetauchte Gerücht, dass die Anzahl der Themenbereiche in allen Klassen gleich sein müsse, stimmt nicht. Die Fachlehrer/innen-Konferenz beschließt die Anzahl für jede Abschlussklasse, wobei natürlich die Anzahl in allen Klassen gleich sein kann, aber nicht muss.

### IMPRESSUM

**Herausgeber und Verleger:** ÖPU-Steiermark (OFFENSIV – PROFESSIONELL – UNABHÄNGIG).  
Kontaktadresse: BORG Monsbergergasse 16, 8010 Graz. Druck: Dorrong, Graz

Die ÖPU (OFFENSIV – PROFESSIONELL – UNABHÄNGIG) ist eine Interessengemeinschaft, deren Prinzipien und grundsätzliche Anliegen im schulpolitischen Geschehen eine gemeinsame Basis bilden. Die drei Organisationen (FCG, VCL, ÖAAB) arbeiten unabhängig voneinander – jedoch im Sinne der sie in der ÖPU verbindenden Zielsetzungen, nämlich der Kollegenschaft optimale Betreuung in ihrem Berufsleben zukommen zu lassen. Die Unterstützung der ÖPU bedeutet keine parteipolitische Positionierung, sondern ist Ausdruck der Förderung einer Interessenvertretung, die zum differenzierten Schulwesen steht und in ihm das Gymnasium durch kontinuierliche Weiterentwicklung auf Erfolgskurs halten will.